



# uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 51064 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), JOHANNES BUCHRUCKER, KARIN WOLF · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSONLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK – AUCH NUR AUSZUGSWEISE – NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

9. Juni  
15/76

## Fahrraddemo

### »Probleme – aber sie findet statt«

Obwohl noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, wird die Fahrraddemonstration gegen die materielle Misere in der Universität Oldenburg und gegen die von der Landesregierung verfügte Reduzierung des Aufbaues der Hochschule pünktlich am 13. Juni um 11.30 Uhr in Richtung Hannover starten. Wie die mit der Organisation wesentlich betraute Initiativgruppe dazu erklärte, sei die Unterbringung der voraussichtlich 1.000 Mann starken Gruppe in Wildeshausen, dem 1. Etappenziel, und Nienburg, dem 2. Etappenziel, noch ungewiß. Bemühungen, die Teilnehmer der Demonstration in Schulen unterzubringen, sind gescheitert. Jetzt

wollen die Organisatoren auf Zeltplätze ausweichen. "Notfalls", so ein Sprecher, "werden wir zu einer Zeltsammelaktion aufrufen, um die Unterbringung zu gewährleisten". Probleme bereitet auch noch die Finanzierung der Demonstration, die voraussichtlich mindestens 40.000,- DM verschlingen wird. Gespendet haben bisher von 300 etwa 100 Hochschullehrer rund 10.000,- DM. Auch der Verkauf der Rückfahrkarten für den gecharterten Sonderzug der Deutschen Bundesbahn von Hannover nach Oldenburg ist bisher nur zähflüssig verlaufen.

Für die Fahrrad-Demo zeichnet ein Ausschuß verantwortlich, der sich

u.a. aus dem Rektor, dem ASTa, der ötv-Betriebsgruppe, der GEW-Hochschulgruppe, der Projektinitiative und dem Personalrat zusammensetzt. Auch der Senat hat sich hinter diese Aktion gestellt und trägt sie mit. Enden wird die Fahrraddemonstration am Mittwochnachmittag mit einer Kundgebung auf dem Klagesmarkt in Hannover, wo neben studentischen Sprechern voraussichtlich auch der Rektor und ein Vertreter des DGB sprechen werden. Anschließend wollen sich die Demonstranten in Hannover mit einer GEW-Demonstration zum Bildungsnotstand zusammenschließen (s. auch geplantes Programm der Fahrraddemonstration Seite 2). gh

## Müller entlassen

### »Das Haben einer Überzeugung...«

Auf einhellige Ablehnung der studentischen Vollversammlung stieß die vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium verfügte Entlassung des wissenschaftlichen Assistenten Wolfgang Müller aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf sowie die angeordnete sofortige Vollziehung dieser Verfügung.

In einer Resolution wendet sich die VW gegen den in den Berufsverböten zum Ausdruck kommenden Abbau demokratischer Rechte und fordert den Senat und das Konzil der Universität auf, Möglichkeiten für Wolfgang Müller zu schaffen, weiter seiner Arbeit an der Hochschule nachzukommen. Zugleich wird zu einer massiven Unterstützung der am 10. Juni in Oldenburg stattfindenden Demonstration des Aktionskomitees gegen die Berufsverbote aufgerufen.

Der Senat hat sich auf seiner letzten Sitzung ebenfalls mit dem "Fall Müller" befaßt, konnte sich aber zu keiner Stellungnahme zugunsten Müllers entscheiden. Die Forderung der studentischen VW wurde mit Mehrheit abgelehnt. Mit dieser Entlassung setzte sich das Wissenschaftsministerium über die Ent-

scheidung der zunächst mit der Untersuchung beauftragten Universität Oldenburg hinweg, die nach einer öffentlichen Anhörung und gestützt auf ein dafür eingeholtes Rechtsgutachten das Verfahren mit der Begründung eingestellt hatte, ein konkretes, den Widerruf des Beamtenverhältnisses rechtfertigendes Dienstvergehen habe Müller nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen werden können. Nachdem Müller daraufhin zu einer weiteren Anhörung, diesmal in Hannover, geladen worden war, verfügte das Ministerium nun die Entlassung.

In der Begründung heißt es, Müller biete nicht die "von jedem Beamten zu fordernde Gewähr dafür, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes

einzutreten", u.a. weil er einen neuen Staat fordere, der "nach den Prinzipien der vollständigsten Demokratie" und nicht nach der im Grundgesetz definierten Demokratie organisiert sei, und weil er Parlament und Mehrparteiensystem verachte. Die von Müller formulierte Forderung, die Arbeiterklasse müsse den bestehenden Staatsapparat zerschlagen, sei "nicht bloß als eine verbal überspitzte Bekräftigung, sondern als eine reale Drohung zu verstehen". Das folgt nach Ansicht des Ministeriums daraus, daß Müller nicht nur Mitglied des KBW sei, sondern innerhalb dieser Partei hervorragende Positionen inne habe und für zahlreiche Druckschriften des KBW verantwortlich gezeichnet habe. Hiermit habe er die vom Bundesverfassungsgericht beschriebene Grenze überschritten, die zwischen dem -erlaubten- "bloßen Haben einer Überzeugung" (BVerfG) - "das Beamtengesetz ver-

## Kooperation Uni - DGB

### Bilanz nach einem Jahr

Gut ein Jahr nach Abschluß des seinerzeit heftig umstrittenen Kooperationsvertrages zwischen der Universität Oldenburg einerseits, dem DGB-Landesbezirk Niedersachsen und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben andererseits, lud der Vorstand des DGB zu einem Erfahrungsaustausch in die Universität ein. Sekretäre des DGB und der Einzelgewerkschaften aus dem gesamten Nordwestraum und Wissenschaftler der Universität Oldenburg erörterten unter Leitung des stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Wolfgang Schultze die ersten Ergebnisse der Zusammenarbeit und die Möglichkeiten, die der Kooperationsvertrag für beide Seiten in Zukunft bieten kann. In einem einleitenden Referat betonte der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt, das Interesse der Gewerkschaften an einer Kooperation mit der Wissenschaft vor allem unter dem Gesichtspunkt einer verstärkten Nutzung wissenschaftlicher Forschung für die Interessen der Arbeitnehmer. Der enorme Aufwand an öffentlichen Mitteln für Forschung und Ausbildung gebiete es den Gewerkschaften, sich darum zu kümmern, in wessen Interesse diese Mittel verwendet würden, was und wie geforscht werde. Dies umso mehr, als bisher die Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft weitgehend ein Monopol der Unternehmer gewesen sei, was sich in vielfältiger Inanspruchnahme öffentlich finanzierter Forschung durch die private Wirtschaft ausgedrückt habe. Vitt wies in diesem Zusammenhang auf die nicht ohne weiteres zu beseitigenden Distanzprobleme zwischen Wissenschaft an der Hochschule und Gewerkschaften hin, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß die sich mehrenden Kooperationsbeziehungen einiges dazu tun werden, solche Distanz überwindbar zu machen. Für die Universitätsseite erläuterte Professor Eberhard Schmidt die Erwartungen, die die Universität an eine derartige Kooperation knüpfe, um ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen zu können, die besonderen Bedürfnisse und Probleme des Nordwestraumes Niedersachsens aufzugreifen und die regionale Entwicklung zu fördern.

Der Alltag der Kooperation habe gezeigt, daß die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit überwindbar seien und erste positive Ergebnisse in einigen Projekten und in der Zusammenarbeit auf dem Weiterbildungssektor zu verzeichnen sind. Insbesondere Projekte, die sich mit dem "Entwicklungsraum Ostfriesland" und mit "Arbeitsmarkt- und Umschulungs-

problemen" in dieser Region beschäftigen, hätten in vielfältigen Kontakten, in gemeinsamen Seminaren mit Betriebsräten und Gewerkschaftssekretären und durch die Unterstützung des DGB-Landesbezirks eine Fülle von Anregungen, Material und weiterführender Kritik erhalten, die mit Sicherheit zu Ergebnissen für die Strukturpolitik des Nordwestraums führen werden, die auch im Interesse der hier arbeitenden und lebenden Menschen sind.

Eine Weiterführung dieser positiven Ansätze sei allerdings nur möglich, wenn die Universität auch ihrerseits funktionsfähig bleibe, und gerade dies sei nach den jüngsten entscheidenden Maßnahmen der Landesregierung, die praktisch einen Aufbaustopp der Universität Oldenburg mit der Perspektive einer Hochschulruine für den Nordwestraum bedeuteten, aufs äußerste gefährdet. Schmidt appellierte deshalb an die Gewerkschaftsfunktionäre, die Bedeutung der Universität Oldenburg für die Region zu erkennen und sich in ihrem Bereich dafür einzusetzen, daß die Maßnahmen der Landesregierung wieder zurückgenommen werden.

In der Aussprache ergab sich eine breite Übereinstimmung über die Notwendigkeit, die begonnene Kooperation weiterzuführen und anzureichern, da bereits das erste Jahr eine Fülle positiver Kontakte gebracht habe und eine Vertrauensbasis erreicht sei, auf deren Grundlage ein Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschule und Gewerkschaften möglich sei. Die Universität Oldenburg als "unsere" Universität im Nordwestraum akzeptieren zu können, sei durch die Kooperationserfahrungen des vergangenen Jahres für viele Gewerkschafter leichter geworden, formulierte einer der Teilnehmer aus der Sicht des DGB. es

### Tag der offenen Tür

Für den am kommenden Sonnabend stattfindenden "Tag der offenen Tür" liegt jetzt das Programm vor. Die Pressestelle, die für die zentrale Organisation dieser Großveranstaltung verantwortlich ist, bittet die einzelnen Veranstalter (Projekte, Fächer usw.) sich unbedingt an die im Programm ausgewiesenen Räume zu halten, um eine allgemeine Orientierungslosigkeit zu vermeiden.

Gleichzeitig weist die Pressestelle, darauf hin, daß es das primäre Ziel des Tages der offenen Tür ist, der Bevölkerung zu zeigen, wie diese Universität arbeitet und was sie jetzt schon für den Nordwestraum leistet.

Fortsetzung von Seite 1

langt von Ihnen nicht, daß Sie Ihre Überzeugung leugnen" - und der -verbotenen- Ableitung politischer Aktivitäten aus dieser Überzeugung liege. Eben deswegen habe Müller auch die Pflicht verletzt, sich als Beamter bei der politischen Betätigung zu mäßigen und zurückzuhalten. Denken darf ein Beamter also, seine Gedanken zu publizieren, ist ihm aber verboten.

Da es im "öffentlichen Interesse" liege, Müllers weitere Betätigung als Beamter an der Universität Oldenburg bis zu einem rechtskräftigen Gerichts Urteil zu verhindern, wurde die sofortige Vollziehung angeordnet. Müller legte inzwischen Widerspruch gegen seine Entlassung ein und beantragte eine einstweilige Anordnung gegen die sofortige Vollziehung. jb

### Programm der Fahrrad demo

Nachfolgend veröffentlicht die Pressestelle die Planung des Programms der Fahrrademonstration, die sich allerdings in einigen Punkten noch ändern kann.

SONNTAG, 13. Juni (1. Tag)

10.30 Uhr Kundgebung auf dem Schloßplatz.

11.30 Uhr Abfahrt zum 1. Etappenziel nach Wildeshausen. Dort abends Informationsveranstaltung.

MONTAG, 14. Juni (2. Tag)

8.00 Uhr Abfahrt aus Wildeshausen. Unterwegs Kundgebung in Sulingen. Abends nach Ankunft in Nienburg Informationsveranstaltungen.

DIENSTAG, 15. Juni (3. Tag)

8.00 Uhr Abfahrt aus Nienburg. Unterwegs Informationsveranstaltung in Rehburg, Garbsen und Wunstorf. Unterkunft in der Gesamtschule Garbsen.

MITTWOCH, 16. Juni (4. Tag)

7.00 Uhr Abfahrt nach Hannover. 11.00 Uhr Veranstaltungen (Film, Theater, Diskussionen) im Jugendzentrum Glocksee.

15.00 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Klagesmarkt voraussichtlich mit studentischen Sprechern, dem Rektor und einem Vertreter des DGB. Anschließend Teilnahme an der GEW-Demonstration zum Bildungsnotstand.

# Universität ohne Zukunft?

## Serie zum Aufbaustopp \* Teil 3: Die Mensa

Mit katastrophalen Studien- und Forschungsbedingungen für Studenten und Lehrende, Einschränkungen und Liquidierungen von Studiengängen, die bereits geplant und genehmigt sind und miserablen Arbeitsverhältnissen für die Dienstleister muß die Universität Oldenburg rechnen, wenn die Landesregierung bei ihrem Vorhaben bleibt, nur noch ein Drittel der Summe in den Hochschulbau zu investieren, die von der alten Landesregierung geplant war. Wie bereits berichtet, sollen nach Vorstellung des Kabinetts für Niedersachsen in den nächsten Jahren nur noch 550 Millionen DM in den Hochschulausbau gesteckt werden. Damit steht die Errichtung der für die Existenz der Universität notwendigen Bauten (Mensa, Bibliothek, naturwissenschaftliche Studienflächen) in Frage. In der folgenden Serie versuchen die betroffenen Einrichtungen darzustellen, welche Folgen diese Entscheidungen des Kabinetts beinhalten würden. Diesmal berichtet der Geschäftsführer des Studentenwerkes, Jürgen Kilian, über die Situation der Mensa. gh

Neben den allgemeinen Sparbeschlüssen der Landesregierung, nach denen auch der jährliche Zuschußbedarf zu den laufenden Betriebskosten für das im Aufbau befindliche Studentenwerk Oldenburg nicht entsprechend den Erfordernissen angehoben werden kann, wird der soziale Bereich aller Hochschulangehörigen von den Auswirkungen des Kabinettsbeschlusses vom 27.4.1976 derart hart getroffen, daß wir uns - bei dessen Verwirklichung - in Oldenburg darauf einstellen müssen, daß die Entgegennahme einer warmen Mahlzeit in der Mensa (an und für sich eine Selbstverständlichkeit) zur Rarität wird und/oder nur mit erheblichen Wartezeiten in langen Schlangen "erkauft" werden muß. Und dies gleich zweimal; nämlich einmal beim Kauf einer Essensmarke und das zweite Mal vor den Ausgabestationen. Die vorhandenen Mensaräume sind hoffnungslos überlastet, das Mensapersonal überfordert und die technischen Einrichtungen unzureichend.

Dem kann man grundsätzlich nur dadurch begegnen, indem man möglichst sofort mit dem Bau einer neuen Zentralmensa beginnt - und gerade das kann nicht erfolgen, weil keine Baumittel vorhanden sind. Alles andere kann nur provisorisch sein und ist trotz allem unvermeidbar. Warum kann aber nur ein Neubau grundlegend Abhilfe schaffen? Weil:

- die vorhandene Mensa nicht viel mehr als zur Zeit produzieren kann. Es fehlt an Fläche für die Aufstellung weiterer Geräte (übrigens auch an den Mitteln hierfür, wenn kein Neubau bewilligt wird); es fehlen Kühl- und Lagerflächen. Die Kapazität der vorhandenen Spülmaschine ist ausgelastet; und eine größere kann schon aus räumlichen Gründen nicht mehr eingebaut werden

- die Speisefläche zu klein ist, es fehlen Sitzplätze

- die vorhandenen ca. 400 Plätze nicht ausreichen. Sie stehen in der Mittagspause zudem nicht ausschließlich nur für Teilnehmer am Mittagessen zur Verfügung (man will vielleicht auch mal nur 'ne Tasse Kaffee trinken und ein Stück Kuchen essen oder evtl. dies auch noch zusätzlich)

- die üblicherweise einen Mensabetrieb ergänzenden Flächen gänzlich fehlen, z.B. für eine Cafeteria, für die Einnahme kleinerer Mahlzeiten (so etwa für den Bereich der Zwischenverpflegung) oder nur für den Fall, daß man sich mal entspannen oder in kleinen Gruppen diskutieren will

- die Lüftungsanlage für den gegenwärtigen Besucherandrang nicht ausreichend dimensioniert sind (die Mensabesucher merken dies besonders an heißen Tagen; das Mensapersonal merkt dies Tag für Tag - sogar im Winter)

- die Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten zu schwach ausgelegt sind - das Studentenwerk gezwungen ist, kostendeckend bzw. kostenminimierend zu arbeiten, was optimale räumliche Bedingungen voraussetzt. Dies ist nicht der Fall, da die bestehenden Einrichtungen nur auf die Bedürfnisse der ehemaligen Pädagogischen Hochschule zugeschnitten waren

- und, und, und ...

Es ist auch aus den o.g. wirtschaftlichen Erwägungen mittel- bzw. langfristige nicht sinnvoll, "kleine Lösungen" anzustreben. Anzustrebende Flächen beispielsweise nutzen dem Studentenwerk gar nichts, da sie im Regelfall für einen Großküchenbetrieb nicht eingesetzt werden können. Wir brauchen eine Zentralmensa im Mittelpunkt des Universitätsbetriebes, und die kostet nun halt mal runde 20 Millionen DM.

Da das von heute auf morgen schon technisch nicht zu schaffen ist, werden Übergangslösungen erforderlich. Als wichtigstes ist hier die Forderung des Studentenwerkes zu nennen, eine sogenannte "Edelbaracke" aufzustellen, die sich sinnvoll in das bestehende Ausbauplan für die Universität einfügt, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Ein solcher Vorschlag liegt den zuständigen Stellen in Hannover vor. Jetzt müssen positive Entscheidungen getroffen werden, da die Studentenzahlen auf jeden Fall steigen werden; auch wenn die Universität im wissenschaftlichen Bereich räumlich nicht weiter ausgebaut wird. Im Jahre 1980 wird das Studentenwerk rund 6.000 Studierende an der Universität zu versorgen haben. Diese Zahl wird auch dann erreicht, wenn keine neuen Studiengänge eingeführt werden, die Zahl von 6.000 Studierenden im Jahre 1980 ist nur eine Hochrechnung bei gleichbleibenden Zuwachsraten und stellt insoweit eine Untergrenze dar. Hinzu kommen die Bediensteten, deren Versorgung für uns auch eine Verpflichtung ist. Da wir mit den vorhandenen Einrichtungen nur ca. 1.500 Essen herstellen können, bedeutet dies, daß allenfalls nur jeder Vierte der Berechtigten in den Genuß einer vom Land bezuschuften warmen Mahlzeit gelangen kann. Deshalb müssen sich 4.500 Betroffene anderweitig verpflegen, obwohl sie eigentlich auch ein Anrecht auf eine verbilligte Mahlzeit hätten. So sieht es zumindest das Studentenwerk im Rahmen seiner satzungsgemäßen Verpflichtung.

Aber wo sollen sich diese 4.500 Betroffenen verpflegen? Die infrastrukturellen Voraussetzungen im Bereich der Ammerländer Heerstraße sind nicht gerade ideal. Hinzu kommt, daß eine Verpflegung an anderer Stelle im Regelfall teurer ist, und dies ist bei rückläufigen Unterstützungsleistungen (s. BAföG) nicht zumutbar.

Das Studentenwerk muß daher schon jetzt darauf hinweisen, daß in den kommenden Jahren diese 4.500 "vor der Tür" bzw. vor den Ausgabestellen des Studentenwerkes stehen werden und nicht bedient werden können, denn es wird sich zeigen (wie schon so oft), daß bei allem "erklärten Wohlwollen" Belange "sozialer Art" zurückgestellt werden, wenn "andere" Belange im Spiel sind. Eine Entscheidung für eine Zentralmensa an der Universität Oldenburg ist dringend geboten. Jürgen Kilian

## Campenhausen-Besuch

### In Hannover nichts Neues

Mit dem erwarteten Ergebnis endete am Mittwoch, den 26.5.76, der fünfstündige offizielle Besuch des Staatssekretärs im niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Professor Dr. Freiherr von Campenhausen, in der Universität Oldenburg. Campenhausen bestätigte das, was wenige Tage zuvor der Universitätsleitung mitgeteilt worden war: der Aufbau der Universität Oldenburg soll entgegen den Empfehlungen des Wissenschaftsrats und den Plänen der alten Landesregierung auf 5.700 flächenbezogene Studienplätze beschränkt bleiben. Campenhausen dazu wörtlich: "Diese Entscheidung kann nicht als kurzfristige Übergangsregelung bewertet werden. Die baulichen Maßnahmen werden sich nach dieser Zielzahl richten".

Campenhausen machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß sich sein Ministerium mit weitergehenden Plänen nicht habe durchsetzen können, da die jetzige Landesregierung fest entschlossen sei, die Verschuldung des Landes nicht höher zu treiben.

Er sicherte jedoch zu, daß die Neugründungen Oldenburg und Osnabrück in Niedersachsen von den 550 Millionen Mark, die in den nächsten Jahren in den Hochschulbau investiert werden, den Löwenanteil erhielten. Nicht sagen konnte von Campenhausen allerdings, wieviel Oldenburg zufließen wird. Er erklärte lediglich, daß die von der Universität gewünschten Bauten wie Mensa, Zentralbibliothek, naturwissenschaftliche Studienplätze und die Sportanlagen auch auf der Prioritätenliste des Ministeriums für Oldenburg an oberster Stelle rangierten.

Nachdrücklich betonte der Staatssekretär, daß es mit Ausnahme der Pharmazie keine Beschneidung der Studiengänge geben würde. Das Ministerium sei der Auffassung, daß die Hochschule mit ihrem jetzigen Fächerangebot tatsächlich wirtschaftlich arbeiten könne. Dies gelte auch für die Naturwissenschaften. Dagegen erklärte Rektor Professor Dr. Rainer Krüger, er könne diese Ansicht nicht teilen. Um nur einen einzigen Diplomanden im naturwissenschaftlichen Bereich auszubilden, bedürfe es einer apparativen Grundausstattung, die, sei sie einmal vorhanden, ermögliche, auch mehr als nur 850 Diplom-Studenten auszubilden.

Ob es bei der Streichung lediglich bei der Pharmazie bleibt, ist im übrigen ungewiß. Die Psychologen werden voraussichtlich nicht wie vorgesehen im nächsten Jahr den Diplom-Studiengang aufnehmen können, da die bereits zugesagten drei zusätzlichen Hochschullehrerstellen nicht genehmigt werden. Nach Aussagen eines Ministerialbeamten soll das noch ungeborene Kind nicht liquidiert werden. Vielmehr müßte der Start dieses Studienganges lediglich verschoben werden.

Als großen Erfolg wertete von Campenhausen in diesem Zusammenhang, daß es seinem Ministerium in "zähen und langen Verhandlungen gelungen sei, kurzfristig 18 Stellen für den naturwissen-

schaftlichen und 5 Stellen für den wirtschaftswissenschaftlichen Bereich lockerzumachen".

Es handelt sich dabei um Stellen, die ebenfalls von der alten Landesregierung bereits zugesagt worden waren, dann aber nicht mehr in der Haushaltsplänen erschienen, so daß die Universität, wie im uni-info berichtet, die Streichung befürchten mußte.

Inzwischen sind auf Antrag der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß weitere Stellen für die Universität Oldenburg im Haushalt 76 aufgenommen worden. Darunter auch die schon längst beantragte H-4-Stelle für Niederlandistik. Die restlichen drei (eine H-4-Stelle, eine H-3-Stelle und eine Akademische-Ratsstelle sind im Bereich der Sonderpädagogik angesiedelt. Sie sollten nach Plänen des Ministeriums erst im nächsten Jahr auf der Prioritätenliste stehen.

Trotz der Stellenzuweisungen sind die Probleme u.a. für die Naturwissenschaften keinesfalls gelöst. Professor Dr. Thomas Höpner, Vorsitzender des FB IV, dazu: "Wir geraten von einem Flaschenhals in den anderen". (Im nächsten uni-info wird Höpner ausführlich zur Situation des FB IV Stellung nehmen.)

Keinerlei Hoffnung machte im übrigen Campenhausen, der vom Senat mit Nachdruck aufgefordert worden war, sich der Öffentlichkeit zu stellen und dies dann auch tat, den Wissenschaftlichen Hilfskräften. Campenhausen meinte, daß das Ministerium für den Einsatz neuer WiHis kein Geld bereitstellen könne. D.h.: vom 1. Oktober an wird wahrscheinlich nur noch eine Handvoll Wissenschaftlicher Hilfskräfte eingestellt werden können. gh

### Termine WS 76/77

Der Senat hat auf seiner letzten Sitzung folgende Termine für das Wintersemester 1976/77 beschlossen: Orientierungswoche: 11.10.76-15.10.76

Beginn der Lehrveranstaltungen	:	18.10.76
Ende der Lehrveranstaltungen	:	10.02.77

## Personalien

ROLF D. CASJENS hat, mit einer Dissertation "Zur Kritik entscheidungs- und systemtheoretisch orientierter Modelle der Curriculumentwicklung - Eine Untersuchung über ökonomische und wissenschaftstheoretische Grundlagen sowie die Praktikabilität sozialtechnologischer Ansätze in Curriculummodellen", sein Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen.

\*

HERWIG OELSCHLÄGER, Wissenschaftlicher Assistent im FB I, hat mit Erfolg promoviert. Thema der Dissertation: "Die didaktischen Funktionen des hochschulinternen Fernsehens in der Lehrerbildung. Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung der Erfahrungen im deutschsprachigen Raum - Einsatzmöglichkeiten im Konzept der einphasigen Lehrerbildung".

\*

BAJO MEENEN ist als technischer Angestellter für die ZETWA eingestellt worden.

\*

DR. WOLF PAPROTTE, bisher Wissenschaftlicher Assistent im FB II der Universität Oldenburg, hat einen Ruf als ordentlicher Professor an die Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe erhalten.

### Promotionsordnung

Der vom Promotionsausschuß der Universität erarbeitete Entwurf einer Promotionsordnung für die Universität Oldenburg (s. Studium Lehre Forschung 12/75) hat nun doch, an einigen Stellen geringfügig geändert, den Senat in dritter Lesung passiert. Damit setzte sich der Senat über einen eigenen Beschluß hinweg, in dem die Vorlage abgelehnt und die Erarbeitung eines neuen, an die Vorstellungen des Wissenschaftsministeriums angelehnten Promotionsordnung verlangt worden war. Der Entwurf wird nun dem Wissenschaftsministerium in Hannover zugeleitet, das ihn genehmigen muß.

### Zielzahlen Osnabrück

Auch die Universität Osnabrück mußte eine erhebliche Reduzierung ihrer Zielzahlen für das Jahr 1985 hinnehmen. Wie der Rektor der Hochschule, Professor Dr. Horstmann, vor der Presse mitteilte, seien für den Standort Osnabrück nur noch 4.700 Studienplätze vorgesehen, für den Standort Vechta 1.300. Der Wissenschaftsrat hatte Anfang dieses Jahres für Osnabrück 8.700 Studienplätze empfohlen. 1974 galt für die gesamte Hochschulregion Osnabrück mit der Abteilung Vechta und der Fachhochschule die Zielzahl 15.500 Studienplätze.